

**Schriftliche Stellungnahme für den
Innenausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen**

Bezug:

- Antrag der Fraktion der SPD: „Angsträume beseitigen, Sicherheit erhöhen – die Verkehrswende braucht attraktive Bahnhöfe und Haltepunkte!“ (Drucksache 17/15462 vom 26.10.2021)
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ Die Grünen: „Initiative zur Stärkung der Sicherheit in öffentlichen Räumen im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention.“(Drucksache 17/15631)

In der nachfolgenden Stellungnahme wird Bezug auf die oben genannten Anträge der Fraktion der SPD (Drucksache 17/15462 vom 26.10.2021) und der Fraktion der Grünen (Drucksache 17/15631) genommen.

In dem Antrag der SPD wird die Lage an nordrhein-westfälischen Bahnhöfen und Haltepunkten thematisiert. Dabei werden der Zustand und die Sicherheit dieser Einrichtungen kritisiert, da diese von der Bevölkerung angeblich als bedrohlich empfunden werden und so psychisch empfundene Angsträume entstehen. Ebenfalls sieht man bei der Koordinierung und der Zusammenarbeit von Sicherheitsorganen Verbesserungspotential (z.B. in der besseren Koordinierung von Zuständigkeiten von Bundes- und Landespolizei) Eine besondere Schwachstelle soll bei kleinen und mittleren Bahnhöfen liegen (vgl. Drucksache 17/15462 vom 26.10.2021, S. 3).

Die Möglichkeit der Bekämpfung von Angsträumen sieht der Antrag u.a. in der Einführung „Runder Tische“, an denen Vertreter von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und anderer Akteure wie DB-Sicherheit, kommunale Ordnungsdienste oder Sozialarbeiter teilnehmen sollen. Des Weiteren sollen Waffenverbotszonen und Bahnhofsaufsichten an Bahnhöfen für zusätzliche Sicherheit sorgen.

Generell wird der vorliegende Antrag der SPD vom Ansatz her als sinnvoll angesehen. Die Idee der besseren Zusammenarbeit und Koordination der einschlägigen Akteure ist nicht neu und wird bereits in unterschiedlicher Weise praktiziert. Hier gibt es aber noch Verbesserungspotential, das auch ausgeschöpft werden sollte.

Die Einrichtung von Waffenverbotszonen an kriminogenen Orten wird als ambivalent angesehen. Auf der einen Seite kann dies ein sinnvolles Instrument sein um gerade Gewaltkriminalität abzumildern, in dem Täter die Möglichkeit erschwert wird gefährliche Gegenstände einzusetzen. Auf der anderen Seite verwehrt man potenziellen Opfern eventuell die Möglichkeit einer erfolgreichen und notwendigen Selbstverteidigung. Aus der Viktimologie ist bekannt, dass Täter sich insbesondere schwächerer Opfer aussuchen. Bestimmte Waffen können dabei die Möglichkeit eröffnen einen taktischen Nachteil zu überwinden und sich so der Opferwerdung zu entziehen.

Die Idee der erneuten Einführung von „Bahnhofsansichten“ an mittlere und kleinere Bahnhöfe ist diskussionswürdig und sollte nicht voreilig verrissen werden. Aus der „Broken-Windows Theorie“ ist bekannt dass Vandalismus und damit einhergehende Verschmutzungen und Beschädigungen, die nicht umgehend beseitigt werden, Nachfolgetaten nach sich ziehen. Sicherheitstechnik löst dieses Problem nur zum Teil. Insbesondere die subjektive Sicherheit der Menschen kann nur durch reale Personen erzeugt werden, die kompetent, vertrauenswürdig und einsatzbereit sind. Aus dem Sicherheitsmanagement und der Kriminologie ist ebenfalls bekannt, dass Kriminelle durch das Einschreiten engagierter Dritte von ihrer Tat teilweise leicht abgebracht werden können. Außerdem kann sich durch regelmäßigen Begegnungen, z.B. durch Kontakte im Zuge von Hin- und Rückfahrt zum Arbeitsort, Kooperation und ein Vertrauensverhältnis zwischen Aufsichtspersonen und Bahnhofsbesucher entwickeln (vgl. Spieltheorie). Solch eine persönliche Atmosphäre kann Devianz entgegenwirken.

Im Zuge der weiteren Digitalisierung und Nutzung Künstlicher Intelligenz wird es weitere gesellschaftliche Veränderungen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt geben. Die Einführung der sogenannten Industrie 4.0 könnte gerade für Menschen mit geringer Ausbildungshöhe oder Brüchen in der Karriereplanung, zu Problemen auf dem Arbeitsmarkt führen. Die Idee Menschen aus den sozialen Arbeitsmarkt eine Perspektive zu geben, ist daher interessant und hat es verdient in Pilotprojekten getestet und je nach Ergebnis ausgeweitet zu werden. Dabei ist aber zu beachten, dass sich die Verhältnisse in Deutschland in den letzten Dekaden verändert haben. Einsatzkräfte in der Dienstaufführung sind häufiger aggressiven Verhalten ausgesetzt. Gerade in Brennpunkten sollten die Bahnaufsichten daher nicht alleine gelassen werden. Hier scheint es sinnvoll zu sein, den Einsatz durch Risikoanalysen und entsprechenden Sicherheitskonzepte zu begleiten.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ Die Grünen (Drucksache 17/15631) behandelt ebenfalls das Thema der Verbesserung der Sicherheit in öffentlichen Räumen. Die Angst vor Kriminalität wird allerdings zum Teil als irrational bewertet. So wird auch die These aufgestellt, dass die Wahrscheinlichkeit Opfer einer Straftat in der eigenen Wohnung höher sei, als auf öffentlichen Plätzen und Wegen. (Drucksache 17/15631, S. 1). Weiterhin wird behauptet, dass bei Frauen und Mädchen, LSBTIQ*, Menschen mit Rassismuserfahrungen, Menschen mit Behinderungen oder ältere Menschen spezifische Erfahrungen zu berücksichtigen seien. Die Maßnahmen, die der Antrag zur Bekämpfung der Devianz vorsieht, liegen insbesondere im Bereich der Kriminalprävention. So sollen durch städtebauliche Maßnahmen Angsträume besser ausgeleuchtet werden, damit das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger sich verbessert. Ebenfalls soll ein Kompetenzzentrum beim Landeskriminalamt (LKA) NRW eingerichtet werden, welches Dienststellen wie die Kreispolizeibehörden in Bezug auf städtebauliche Kriminalprävention berät, damit diese ihre entwickelte Kompetenz bei entsprechenden Projekten miteinbringen können. Schließlich soll durch das LKA NRW noch geprüft werden, ob bewährte Online-Plattformen aus anderen Bundesländern wie „DIVERCITY“ auch in NRW eingeführt werden können. Ähnliches gilt für fachspezifische Erkenntnisse der Technischen Hochschule Köln.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ Die Grünen (Drucksache 17/15631) ist relativ allgemein gehalten. Er setzt auf Prävention und auf Binnenoptimierung der Behörden. Die Einbringung von Wissen aus Projekten wie „DIVERCITY“ oder Kenntnisse aus der empirischen Forschung kann generell als sinnvoll bewertet werden. Die „Königsaufgabe“ der Polizei ist die Prävention. „Vor die Lage“ zu kommen ist grundsätzlich repressiven Maßnahmen vorzuziehen. Bei der Einführung von umfangreichen Präventionsprojekten ist aber zu beachten, dass diese Ressourcen binden und diese nicht unbegrenzt bei den Sicherheitsbehörden vorhanden sind.

Generell hält die Fraktion BÜNDNIS 90/ Die Grünen, wie oben beschrieben, Angst der Bürger vor Kriminalität an öffentlichen Plätzen für unbegründet. Hier zeigt sich eine Schwäche in der Argumentation. Warum sollten umfangreiche Präventionsmaßnahmen in Angriff genommen werden, wenn es sich bei der Angst vor Kriminalität nur um eine Art der „Psychose“ der Bevölkerung handeln soll? Auch die Herausstellung von bestimmten Bevölkerungsgruppen erschließt sich nicht eindeutig. Warum sollen LSBTIQ* oder Menschen mit Rassismuserfahrungen mehr gefährdet sein als beispielsweise junge heterosexuelle Männer? Aus den Statistiken ist bekannt, dass junge Männer nicht nur Täter sondern auch häufig Opfer

von Gewalt werden. Zumal die geschlechtliche Orientierung nicht unbedingt an äußeren Merkmalen zu erkennen ist. Auch die besondere Betrachtung von Präventionsmaßnahmen für Menschen mit Rassismuserfahrungen erschließt sich nicht eindeutig. Dies würde voraussetzen, dass es eine offene rechtsextreme Szene an öffentlichen Plätzen in NRW geben müsste. Derartige Zustände, in denen beispielsweise Skinheads Menschen mit Migrationshintergrund an Bahnhöfen in NRW beleidigen oder angreifen, sind dem Verfasser dieser Stellungnahme nicht bekannt.

An dieser Stelle zeigt sich eine Schwäche beider Anträge. Neben der Befassung mit dem Schutz vulnerablen Gruppen steht eine wichtige ausgelassene Frage im Raum: Wer sind eigentlich die Täter? Kriminalität ist auf der Makroebene grundsätzlich ein gesellschaftliches Problem. Die Erfahrung hat gezeigt, dass insbesondere Kriminalität in der Öffentlichkeit eine Form der männlichen Frühdelinquenz ist. Um langfristig ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in NRW zu fördern ist eine objektive Beurteilung der kriminalistischen Lage notwendig. Dazu eine Zeugenaussage aus der Tagespresse:

Laut einem Zeitungbericht über die Zustände am S- Bahnhof Wattenscheid-Höntrop stellte ein Bürger folgende Behauptungen auf:

„Anders kann man das mit diesen Problemgruppen doch nicht in den Griff kriegen, um in den Abendstunden diesen Angstraum in den Griff zu kriegen.“ [...] „Jüngere Menschen mit Migrationshintergrund, das hört man ja. Sie pöbeln sie hier gern rum – ohne Respekt vor Mitmenschen, werden sehr schnell aggressiv. Man sagt besser nichts und geht woanders hin. Aber das kann es doch nicht sein. Auch Männer wurden von denen hier schon angegangen, ich habe es beobachtet. Das kann doch nicht sein.“¹

Die hier zitierte Aussage könnte selektiv sein oder dem Anzeigeverhalten der Mehrheitsbevölkerung entsprechen. Auf der anderen Seite könnte sie auf einen relevanten Sachverhalt hinweisen, der nicht singulär ist sondern Teil eines größeren Problems sein könnte. Einen Hinweis darauf hat die Antwort einer Kleinen Anfrage ergeben (vgl. Drucksache 17/16185). Hier wurden u.a. die Vornamen deutscher Tatverdächtiger am Hauptbahnhof Köln im Berichtsjahr 2021 erfragt: Dabei kam eine signifikante Häufung typischer Namen² heraus.

Mohamed	96
Kevin 10	10

¹ <https://www.waz.de/staedte/wattenscheid/wattenscheid-fahrgaeste-haben-angst-vor-s-bahnhof-hoentrop-id232939871.html>

² Bei der Zählungen wurden Variationen, Ergänzungen und Doppelnamen berücksichtigt.

Mohamed war mit Abstand der häufigste Name bei den Tatverdächtigen. Mit deutlichen Abstand kam dann mit Kevin der erste im deutschen Kulturkreis übliche Vorname. Die Häufung des arabischen Namens Mohamed erstaunt, da dieser für den islamischen Propheten steht und dessen tugendhaftes Leben als Vorbild für die Gläubigen dienen soll. Ob gerade eine spezielle Gruppe für die Devianz im öffentlichen Räumen wie z.B. Bahnhöfen in NRW verantwortlich gemacht werden kann, ist eine relevante Frage mit Auswirkungen auf die Kriminalpolitik. Bevor umfangreiche kriminalpräventive Maßnahmen angegangen werden, ist es notwendig eine sachliche und ideologiefreie Analyse vorzuschalten!